

Protokoll zum Treffen am 08.03.2018

„Möglichkeiten der Verbindung von Kommunalpolitik und Ideen zur Quartiersentwicklung“

Teil 1: Begrüßung und Vortrag Prof. Dr. Rübler

Die Veranstaltung „Möglichkeiten der Verbindung von Kommunalpolitik und Quartiersideen“ findet im Rahmen des Projekts QuartiersNETZ (Teilprojekt „Teilhaben und Beteiligen“) statt. Eingeladen waren zu diesem zweiten Treffen erneut die Bezirksverordneten der fünf Stadtbezirke sowie Teilnehmende der QuartiersNETZ-Arbeitsgruppe „Teilhaben und Beteiligen“. Auf Anregung einer Teilnehmerin wurden zu diesem Treffen auch Vertreterinnen und Vertreter des Jugendrats eingeladen. Teilgenommen haben insgesamt 35 Personen. Es folgt zunächst die Begrüßung der Anwesenden durch die Moderatorin, Ann-Christin Heming von der FH-Dortmund. Danach werden das Projekt QuartiersNETZ und die Fragestellungen vorgestellt, die heute diskutiert werden sollen:

- (1) **Möglichkeiten zur Verknüpfung von Strukturen des Bürgerschaftlichen Engagements in den Quartieren mit der Lokalpolitik** und hierzu bereits gesammelte Erfahrungen
- (2) **Möglichkeiten der Verstetigung über das Projektende** hinaus.

Auf Bitte der Moderatorin folgt eine Vorstellungsrunde, die Anwesenden stellen sich in Sitzreihenfolge kurz vor. Anschließend hält Prof. Dr. Harald Rübler von der FH-Dortmund einen circa zwanzigminütigen Vortrag, visualisiert durch eine Power-Point-Präsentation (siehe Anhang). Schwerpunkte seines Vortrags sind theoretische Erläuterungen zu politischer Partizipation, zu Demokratie bzw. „Krise“ der Demokratie, gefolgt von Zahlen-Daten-Fakten zur konkreten Situation in Gelsenkirchen, v.a. aus der Erhebung, die im Zuge des QuartiersNETZ-Projektes 2015 durchgeführt worden ist.

Teil 2: Diskussion

Zu Beginn des zweiten Teils verweist die Moderatorin zunächst auf ein Treffen in Buer, das zur selben Fragestellung kürzlich stattfand. Sie bittet um Berichte von diesem Treffen. Eine Person berichtet. Er attestiert zunächst große Unkenntnis über die Arbeit der Bezirksvertretungen, Austausch und Information seien dringend angebracht um den Zustand, der als „Nichtzusammenarbeit“ beschrieben wird, zu überwinden. Konkret wird die Idee ins Spiel gebracht, auf den Quartierskonferenzen über die Arbeit der Bezirksvertretungen zu informieren. Es entsteht eine intensive und angeregte Diskussion der Teilnehmenden, die im Folgenden thematisch zusammengefasst wiedergegeben wird. Verschiedene Problemfelder werden dabei deutlich. Es werden auch einige konkrete Ideen und Vorschläge produziert, um diesen zu begegnen.

Zentrales Thema ist der Informationsaustausch. Es wurde auf diesbezügliche vorhandene Möglichkeiten verwiesen, gleichzeitig ließ sich feststellen, dass viele davon selten genutzt würden. Obwohl die anwesenden Lokalpolitikerinnen und -politiker einhellig betonen, immer wieder Werbung für vorhandene Zugänge zu machen, fehlt Bürgerinnen und Bürgern offenbar das Wissen über eben diese Zugänge zur Kommunalpolitik auf Bezirksebene. Zum anderen sind diese oft nicht niederschwellig, sondern stark formalisiert und hoch bürokratisch organisiert. Informationen hierzu seien zwar grundsätzlich zugänglich, jedoch oft schwer aufzufinden. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit wird daher von den anwesenden Politikerinnen und Politikern offenbar einhellig befürwortet und für notwendig erachtet. In der Diskussion ergaben sich zusammengefasst Vorschläge in verschiedene Richtungen: Zum einen

wurden Änderungen an den offiziellen Formaten vorgeschlagen, bis hin zur Änderung der Satzung der Bezirksvertretungen. Die andere Denkrichtung fordert – ergänzend zu den vorhandenen Strukturen – neue Zugangswege zur lokalen Politik zu schaffen.

In direkter Bezugnahme zu dem Vortrag von Prof. Dr. Rübler betont eine Person, in Gelsenkirchen würde kein soziales Gefälle in Bezug auf Bürgerschaftliches Engagement bestehen, vielmehr seien alle Schichten eingebunden. An anderer Stelle wird auf rege gegenseitige Hilfen verwiesen, insbesondere auch mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund, diese würde jedoch von den Helfenden als selbstverständlich erachtet und in der Selbstwahrnehmung daher nicht als bürgerschaftliches Engagement eingestuft. Weitere Statements, die im Verlaufe der Sitzung abgegeben wurden, ohne sich direkt auf die Kernfragestellungen zu beziehen, forderten vor allem die (verstärkte) Inklusion von Menschen mit Behinderung bzw. mit Migrationshintergrund. Gerade für die Erstgenannten gäbe es etwa einen Beirat, dessen Existenz und seine Arbeit aber zu wenig bekannt sei.

Zur Kernfrage nach der **Verknüpfung von Strukturen des Bürgerschaftlichen Engagements mit der Lokalpolitik** werden im Laufe der Diskussion folgende Ideen/Anregungen/Forderungen geäußert:

- Auf den Quartierskonferenzen (bzw. anderen Veranstaltungen in den Quartieren) über die Arbeit der BZV informieren. Dies kann sowohl Informationen zur Struktur und Arbeitsweise, als auch zu Inhalten umfassen.
- Die Vernetzung über Personen wird als wichtig erachtet, daher lautet ein Vorschlag, eine Art Vertrauensperson zum Bindeglied von BZV und Quartierskonferenzen zu machen.
- Mehrfach verwiesen wird auch auf die Wichtigkeit von Internet und neuen Medien, um Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Genannt wird die Idee von Live-Übertragungen von Sitzungen, aber auch Möglichkeiten, über Strukturen und Inhalte zu informieren bzw. Tagesordnungen und Ergebnisse zu veröffentlichen. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang, in der allgemeinen (Lokal-)Presse würde oft nur verkürzt und häufig erst im Nachhinein berichtet werden. Auch auf die Quartiersplattformen des Projektes QuartiersNETZ wird als Möglichkeit hingewiesen, um lokalpolitische Abläufe transparenter zu machen.
- Ferner wird die Idee einer Broschüre geäußert, mit deren Hilfe über Strukturen und Arbeit von den verschiedenen lokalpolitischen Gremien informiert werden könnte.
- Neben digitalen Strukturen werden auch physische Räume in den Quartieren mehrmals thematisiert. Um zusammenzukommen, sich zu treffen und zu vernetzen werden solche Räume als notwendig betrachtet. Es sollten an einer zentralen Stelle Aktivitäten gebündelt werden, wobei politische Unabhängigkeit und Neutralität angemahnt werden. Als ein Beispiel präsentiert sich das Alfred-Zingler-Haus, das sich als „Ideentreibhaus“ im und für das Quartier sieht. Es wird in diesem Zusammenhang auch konkret die Idee einer Sprechstunde der BZV im A-Z-Haus aufgebracht
- Einige Vorschläge zielen auf eine Öffnung der Bezirksvertretungen. So wird vorgeschlagen, zusätzlich zu bisherigen, eher formalisierten Möglichkeiten der Teilhabe, auf Sitzungen der Bezirksvertretungen einen weiteren, regelmäßigen Tagesordnungspunkt einzuführen, der Bürgerinnen und Bürgern eine gewisse Redezeit (Bspw. fünf Minuten) einräumt. Ein weiterer Vorschlag fordert ein bis zweimal pro Jahr eine „offene Bezirksvertretung“, die dann ohne die üblichen Formalien abgehalten werden solle. Zur Umsetzung von mehr Öffnung müsse nötigenfalls die Satzung geändert werden. Eine solche offene Sitzung könnte auch reih um in den jeweiligen Stadtteilen durchgeführt werden, die zu einem Stadtbezirk gehören.

Die zweite Frage, nach **Möglichkeiten der Verstetigung über das Projektende**, wird aufgrund der angeregten Diskussion und der begrenzten Zeit nicht mehr explizit diskutiert. Die Anwesenden sprachen sich aber am Ende der Veranstaltung mit großer Mehrheit für ein weiteres Treffen aus, vorzugsweise in etwa einem halben Jahr.

Ausblick

Zum Abschluss des Treffens bespricht die Gruppe das weitere Vorgehen. Es wird beschlossen **ein nächstes Treffen** dieser Art **im August 2018** durchzuführen, wenn bereits weitere Fortschritte erreicht wurden. Dieses Treffen kann auch zur Diskussion des Themas Verstetigung genutzt werden. Eine Einladung zum nächsten Treffen wird rechtzeitig an den gleichen Personenkreis (Bezirksverordnete und AG „Beteiligen und Teilhaben“) versendet.

Anhang: Powerpoint-Präsentation von Prof. Dr. Rüßler

Kontaktdaten: Ann-Christin Heming, ann-christin.heming@fh-dortmund.de, 0231/755-8985